Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 30,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Dienstag, 22. März 1921

Nummer 136 · Abend-Ausgabe

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum Nr. 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Frankreich über Oberschlesien

Die Pariser Presse zur Abstimmung

Oberschlesien soll geteilt werden

EE. Paris, 22. März.

Die französische Presse legt das Abstimmungsergebnis in Oberschlesien als einen großen polnischen Erfolg aus. Im Grunde hätten die Polen gewonnen, denn die Grubenbezirke im Südosten hätten sich für die Alliierten ausgesprochen. Der Friedensvertrag verleihe den Alliierten das Recht, Oberschlesien zu teilen und Polen die Kohlenbezirke zuzusprechen.

So erklärt das „Journal": Das Ergebnis konnte von jedermann erwartet werden. Die nicht ortsansässigen Oberschlesier gaben den Ausschlag, die alldeutsche Propaganda war erfolgreich. **Der Friedensvertrag verleiht aber das Recht, Oberschlesien aufzuteilen.** Der Oberste Rat muß gegenüber der Forderung Deutschlands taub bleiben, daß Oberschlesien ungeteilt bleiben müsse. Frankreich werde sich darüber freuen, daß Deutschland ein großer Teil seines Reichtumes entrissen werde, welchen es in den Gruben von Oberschlesien hatte, und wodurch es auch die Mittel hatte, in Zukunft neuerdings den Weltfrieden zu stören.

Der „Matin" sagt, daß viele Polen für Deutschland gestimmt hätten, erklärte sich daraus, daß die polnischen Arbeiter lange Zeit unter den Deutschen gelebt hätten, und unter polnischer Verwaltung nicht dieselben Vorteile zu finden hofften. Als weitere Ursache der Wahlniederlage führt das Blatt den Tiefstand der polnischen Mark und die Furcht, Militärdienst leisten zu müssen, an. Die deutsche Mehrheit sei nicht stark genug, um die Zusprechung des ganzen Landes an Deutschland zu rechtfertigen. Der Grundsatz Deutschlands, daß Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland verbleiben müsse, sei nicht gerechtfertigt. Da die Alliierten Oberschlesien während eines Jahres unparteiisch verwaltet hätte, hätten sie das Recht, daß ihre Entscheidungen bezüglich Aufteilung und Festlegung einer neuen Grenze respektiert würden.

„Figaro" meint, daß der Druck der deutschen Industriellen und Großgrundbesitzer sowie der Verwaltungsbehörden des Reiches seine Wirkung getan hätte. Das Ergebnis der Abstimmung sei zur Stunde noch unvollständig, aber es sei bereits entmutigend. Wenn man die Wilsonschen Grundsätze durchführen wollte, so müßte man Distrikt für Distrikt aufteilen **und so den Bürgerkrieg im Lande herbeiführen und so ein reiches Industriegebiet vollkommen zerstören.**

Im „Gaulois" wird gesagt: Mit Ausnahme des Gebietes von Königshütte, dessen Bedeutung man nicht verkennen dürfe, stimmte das Kohlengebiet in der Mehrheit für Polen. Man hätte zweifellos ein noch viel deutlicheres Resultat wünschen mögen. Man hätte gewünscht, daß das gesamte Kohlengebiet sich zugunsten Polens ausgesprochen hätte, aber was man erreicht habe, sei durchaus befriedigend. Die Alliierten werden nicht nur die Gefahr ins Auge zu fassen haben, welche für die Entente bestehen würde, falls ganz Oberschlesien an Deutschland falle, sie müssen auch die Folgen bedenken, die es für die Existenz des polnischen Staates hätte, falls er in wirtschaftlicher Hinsicht unselbständig würde und von den Mitteln leben müßte, welche sein Nachbar ihm gewährt.

Im „Rapell" ergreift der Chefredakteur Edmond du Mesnil das Wort. Er berichtet, daß Leute, die aus Posen zurückkehrten, ihm erklärt hätten, die bureaukratische und moralische Unordnung der Polen hätten auch dort eine Stimmung gegen Warschau und für Berlin hervorgerufen. **Ohne Danzig und ohne Oppeln würde Polen aus drei schlecht zusammengeschmiedeten Teilen bestehen, die ohne inneren Zusammenhang wären und die sich nur schwer von deutschem Einfluß befreien würden.**

Die „Humanité" erklärt: Da der Oberste Rat der Alliierten die neue Grenze Oberschlesiens festzusetzen haben wird, so wird er Gelegenheit haben, neuen Anlaß für Konflikte zu suchen. Das kapitalistische Regime sei keinesfalls geeignet, eine Lösung zu finden, die den Frieden herbeiführt.

Nach dem „Petit Parisien" erklären heute die „Times" (London), daß die schwierigste Operation nach der Volksabstimmung, nämlich die Aufteilung der Distrikte an Polen und Deutschland, noch bevorstehe. Die Art und weise, wie das Industriedreieck Gleiwitz—Beuthen—Kattowitz aufzuteilen sei, sei von besonderer Bedeutung, sie werde aber noch große Schwierigkeiten hervorrufen. **Durch den Sieg, den die Polen in Rybnik und Pleß davontrugen, wird auf dem Schlosse des Prinzen Heinrich die deutsche Flagge gestern wahrscheinlich zum letzten Male gweht haben und die Polen haben ein Gebiet von ungeheurem Reichtum gewonnen.**

Vorläufiges Endergebnis der Abstimmung

TU. Breslau, 22. März.

Nach den vorläufigen Feststellungen des Deutschen Plebiszitkommissariats können folgende Prozentziffern zugunsten Deutschlands für die Abstimmung in Oberschlesien bekanntgegeben werden:

Myslowitz	37,83	Prozent
Beuthen	50,22	„
Tarnowitz	39,—	„
Hindenburg	51,80	„
Rosenberg	68,—	„
Oberglogau	87,85	„
Lublinitz	53,26	„
Oppeln	57,63	„
Kreuzburg	69,04	„
Groß-Strehlitz	49,20	„
Kattowitz	57,10	„
Königshütte	74,74	„
Gleiwitz	64,59	„
Rybnik	36,54	„
Kosel	75,60	„
Nikolai	26,40	„
Pleß	29,20	„
Leobschütz	99,61	„
Ratibor	70,79	„

Es fehlen noch einige wenige Ortschaften, die voraussichtlich das Resultat wesentlich nicht ändern werden. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß durch die infolge der in Aussicht stehenden Ungültigkeitserklärungen zu erfolgenden Wiederholungen der Abstimmung in Ortschaften, die in besonderem Maße von polnischen Machenschaften betroffen worden sind, eine Verschiebung des Gesamtergebnisses zugunsten Deutschlands herbeigeführt werden wird.

Nationalistische Exzesse

Kattowitz, 21. März.

Das deutsche Abstimmungskommissariat gibt bekannt: „Im ganzen Landkreis Beuthen flackern besorgniserregende polnische Unruhen auf. In Deutsch-Piekar wurden die Brüder Dudek, von denen der eine Mitglied des paritätischen Ausschusses war, erschossen. Auf der Straße Beuthen-Miechowitz wurde die Straßenbahn angehalten, sämtliche Leute herausgezerrt, vor den Augen der Franzosen verprügelt und schwer mißhandelt. Einige trugen einen Nervenchock davon. **Die Ortsstelle Orzegow des deutschen Plebiszitkommissariats** wurde vertrieben. 30 Personen wurden teils schwer, teils leicht verletzt. Von Hohenlinde trifft die Meldung ein, daß die Polen die Straßenbahn anhalten, Drohungen gegen die Deutschen ausstoßen und mit Gesang durch die Straßen ziehen. Auf Vorstellungen beim Kreiskontrolleur wurde geantwortet, er habe keine Leute zur Verfügung. In Karf entwaffneten die polnischen Apobeamten die deutschen Apobeamten. Die polnische Apo schlägt auf die Leute ein.

Heute abend zog in Beuthen eine Bande von 60 Polen in geschlossenem Zuge zum Hotel Lomnitz. An General Le Rond wurde ein Telegramm um Hilfe gesandt. In Karbowa bei Kattowitz wurden Handgranaten geworfen. In Schoppinitz wurden polnische Umzüge veranstaltet, Gewalttätigkeiten gegen Deutsche verübt und die Wohnungen der Deutschen geplündert. Ein abstimmungsberechtigter Berliner wurde auf der Straßenbahn mißhandelt. Ein im Kraftwagen vorüberfahrender französischer Offizier nahm ihn mit. Auch eine Frau wurde schwer mißhandelt. Schwache französische Abteilungen sind nach Schoppinitz gesandt worden. **Eine schwere Schießerei ist im Gange.** Die Deutschen flüchten. In Josephsdorf ziehen Banden umher und drohen, die Deutschen zu erschlagen. Aus Laurahütte werden gleichfalls Zusammenrottungen gemeldet, welche schwere Gefahren für die Deutschen befürchten lassen.

Die zuständigen Kreiskontrolleure sind wiederholt dringend von verschiedenen Seiten um Hilfe gebeten worden, bisher jedoch ohne jeden Erfolg.

Die nationalistischen Leidenschaften sind durch die Abstimmungspropaganda bis zur Siedehitze gesteigert worden. Der Besatzungsbehörde erwächst deshalb die dringende Pflicht, alle Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen, damit der überhitzte Kessel nicht zur Explosion kommt. Das Ergebnis der Abstimmung darf nicht durch irgendwelche Gewaltakte korrigiert werden.

Nächtliche Unruhen in Budapest

Die nächtlichen Gewalttaten der Horthyoffiziere scheinen wieder aufzuleben. Sonntag nacht ereignete sich in Budapest ein großer Straßenexzeß. Eine Gruppe Jugendlicher machte einen Ueberfall auf das Ghettoviertel. Ein Gastwirt wurde blutig geschlagen, so daß er das Bewußtsein bis heute nicht wieder erlangt hat. Die Polizei traf in Automobilen am Schauplatz ein. Die Täter waren aber bereits verschwunden.

Die Horthyoffiziere scheinen wieder Geld zu gebrauchen. Sie versuchen deshalb von neuem, ihre leeren Taschen durch Raubüberfälle auf Juden aufzufüllen. Durch Horthy und die Polizei geschützt, können sie im Dunkel der Nacht ihr Handwerk ebenso **ungestört ausüben wie am hellen Tage.**

Deutschlands völkerrechtliche Stellung zu Sowjet-Rußland

Von Dr. Hans Wehberg

Die Nachricht über den Abschluß eines vorläufigen Abkommens betr. die Rechte der beiderseitigen Vertretungen und Staatsangehörigen zwischen Deutschland und Sowjet-Rußland rückt die Frage unserer Beziehungen zu dem russischen Nachbarreiche erneut in den Vordergrund des Interesses. Wie Minister Simons in der Sitzung des Reichstages vom 26. Juli 1920 erklärt hat, haben wir infolge der Ermordung des deutschen Gesandten Mirbach unsere diplomatischen Beziehungen zu Sowjet-Rußland abgebrochen. Simons hat damals die völkerrechtliche Zulässigkeit des Abbruches der Beziehungen nicht weiter in Frage gestellt. Es fragt sich aber, ob nach den modernen Ideen, wie sie im Zeitalter des Völkerbundes zur Anerkennung gebracht werden müssen, ein solcher Abbruch bzw. seine Fortsetzung noch als zulässig anerkannt werden kann.

Deutschland ist zwar nicht Mitglied des Völkerbundes, hat aber wiederholt erklärt, daß es ein Anhänger des idealen Völkerbundes sei. Es darf daher, will es nicht inkonsequent verfahren, auf keinen Fall Streitigkeiten mit andern Staaten in einer Weise zum Austrag bringen, die den Vorschriften der Völkerbundakte widerspricht, vorausgesetzt natürlich, daß die hier in Betracht kommenden Vorschriften, an die es ja formell nicht gebunden ist, vernünftig und friedensfördernd sind.

Nun sollte meines Erachtens darüber kein Zweifel bestehen, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen nach den Art. 12 bzw. 15 Abs. 1 der Völkerbundakte vor Einleitung eines Schieds- oder Vermittlungsverfahrens nicht zulässig ist. In Art. 12 heißt es, daß alle Bundesmitglieder übereinkommen, etwa zwischen ihnen entstehende Streitigkeiten, die zu einem Bruche führen könnten, entweder der Schiedsgerichtsbarkeit oder der Prüfung durch den Rat zu unterbreiten. Durch den Ausdruck „Streitigkeiten, die zu einem Bruche führen könnten", wird erklärt, daß schon dieser Bruch, d. h. das Abbrechen der diplomatischen Beziehungen zwischen den Streitteilen, verhindert werden soll. Das ist ganz naturgemäß. Denn ein Streitfall kann, wenn er nicht auf dem Wege der Vermittlung oder Schiedsgerichtsbarkeit beigelegt wird, in angemessener Weise nur durch direkte diplomatische Verhandlungen erledigt werden. Der Abbruch dieser Beziehungen nimmt aber den beteiligten Staaten die Möglichkeit zu einer unmittelbaren Verständigung. Ein an sich vielleicht einfach liegender Fall kann sich durch den langen Abbruch der Beziehungen immer weiter zuspitzen und die Beziehungen der Staaten zueinander gefährden. Ein Abbruch der Beziehungen innerhalb des Völkerbundes ist nur nach Erschöpfung der Vermittlungsinstanz sowie als Maßnahme der Bundesexekution gemäß Art. 16 gegenüber solchen Staaten zulässig, die den Vorschriften des Abkommens zuwider Krieg führen.

Es sei besonders darauf hingewiesen, daß der französische Text der Satzung in Art. 12 sowohl wie in Art. 15 Abs. 1 von Streitigkeiten spricht, „susceptibles d'entraîner une rupture" und daß in Art. 16 gelegentlich des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen im Falle der Zwangsvollstreckung der französische Text ein Wort desselben Ursprungs: „rompre" gebraucht. Ferner ist hervorzuheben, daß der endgültige Wortlaut des Art. 12 nicht etwa zufällig, sondern absichtlich so gewählt ist, und zwar im Gegensatz zu der ersten Fassung der Völkerbundstagung vom 14. Februar 1919, wo von Streitigkeiten die Rede war, „die sich durch die gewöhnlichen Mittel der Diplomatie nicht haben erledigen lassen". Daher führt denn auch die schweizerische Botschaft vom 4. August 1919 (S. 127) die von dem hervorragenden Juristen Max Huber verfaßt ist, zu Art. 12 aus: „Daß nach Art 12 obligatorische Verfahren — soll schon dann eingeleitet werden, wenn der Konflikt eine Schärfe angenommen hat, daß er zum Bruche, nicht notwendigerweise zum Kriege, aber zum schroffen Abbruch der Verhandlungen — führen kann."

Sollte über diese Auslegung noch ein Streit möglich sein, so wird er zugunsten der obigen Auffassung entschieden durch die Tatsache, daß der Völkerbund nicht nur eine Friedens-, sondern auch eine Arbeitsgemeinschaft darstellt und daß es für das Zusammenwirken der Staaten auf wirtschaftlichem, kulturellem usw. Gebiete in höchstem Maße bedenklich wäre, wenn durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen dauernd Schwierigkeiten für die Zusammenarbeit entständen.

Nun muß allerdings zugestanden werden, daß nach Begründung des Völkerbundes bereits einmal zwischen zwei Mitgliedstaaten des Bundes die diplomatischen Beziehungen abgebrochen worden sind. Im Dezember 1920 hat die holländische Regierung infolge des Streitfalles betr. den holländischen Generalkonsul Rappoport die Beziehungen zu Serbien abgebrochen und sie bis zur Stunde noch nicht wieder hergestellt. Aber es fragt sich, ob dieser Abbruch wirklich mit dem Völkerbundsgedanken im Einklang steht. Bei einer wirklich tiefen Auffassung der Völkerbundidee ist kein Zweifel darüber möglich, daß diese Frage nur in verneinendem Sinne entschieden werden kann.

Als Nichtmitglied des Völkerbundes ist Deutschland an sich nicht verpflichtet, sich an alle Bestimmungen der Völkerbundssatzung zu halten. **Aber die deutsche Position in der**

Welt kann nur dadurch gestärkt werden, daß wir uns zu den Ideen einer wahren Rechts- und Arbeitsgemeinschaft der Völker bekennen. Worte allein genügen nicht. Durch Taten muß die deutsche Regierung immerfort ihren unerschütterlichen Willen bekunden, den Ideen des Völkerfriedens und der Völkerversöhnung zum Siege zu verhelfen. Einen bedeutsamen Schritt auf diesem Wege würde die völlige Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zu Sowjet-Rußland bedeuten; denn die deutsche Regierung hätte hier Gelegenheit, vor aller Welt zum ersten Male ein neues großes, sich mit logischer Folgerichtigkeit aus dem Völkerbundsgedanken ergebendes Prinzip zu verkünden: daß bei einem Streit zwischen zivilisierten Staaten die diplomatischen Beziehungen nicht abgebrochen werden dürfen, sondern daß zunächst versucht werden muß, jeden Konflikt sowohl auf dem Wege der diplomatischen Verhandlungen, wie des Schiedsgerichts bzw. der Vermittlung zu führen. Auch jetzt ist dieser Weg, obwohl man Jahre versäumt hat, ihn zu beschreiten, noch sehr wohl gangbar.

Der Wiederaufbau

Die Beschlüsse der französischen Gewerkschaften

Paris, 22. März.

Die vom Allgemeinen Arbeiterverband einberufene Konferenz hat gestern nachmittag ihre Arbeiten fortgesetzt. Zu Beginn der Sitzung wurde ein schriftlicher Bericht der C.G.T. verteilt, in dem gesagt wird: Welche Lösung man auch der Frage des Wiederaufbaues geben wolle, ob Reparationen durch Deutschland oder internationale Finanzhilfe, so sei es unerläßlich, einen Wiederaufbau-Organismus zu schaffen, dem man alle technischen Hilfsmittel zur Verfügung stelle, um einen bis jetzt nicht bestehenden Gesamtplan auszuführen.

Jouhoux erklärte im Laufe der Debatte, die augenblickliche Lage könne nicht andauern, sowohl national wie international. Man müsse das Wiederaufbauproblem in Angriff nehmen, obzwar es schwierig sei. Es handele sich hierbei nicht um ein politisches Problem, sondern um ein Problem auf Leben und Tod. **Seit dem Waffenstillstand sei außerhalb der Anstrengungen von Privatpersonen nicht viel für den Wiederaufbau geschehen.** Die geschaffenen Organismen hätten sich durch ihre Zusammensetzung und ihre Verbindung mit den politischen Interessen als nicht fähig erwiesen, eine praktische Lösung herbeizuführen. Deshalb habe der Allgemeine Arbeiterverband sich entschieden, eine Untersuchung zu veranstalten, und hierzu die Hilfe der Geschädigten selbst anzurufen. Es hänge nunmehr von der gegenwärtigen Versammlung ab, ob das verwüstete Gebiet bald wieder zu neuem Leben erweckt werden könne. —

Auch der Abgeordnete Lebas erklärte, die Wiederaufbaufrage hänge von der Mitarbeit anderer Völker, hauptsächlich aber von der Mithilfe des deutschen Volkes ab. Schließlich wurde ein Organisationsausschuß eingesetzt, dessen Aufgabe darin besteht, baldigst praktische Vorschläge zu machen. Auf Vorschlag von Marcel Laurent wurde dieser Antrag angenommen. Die Kommission besteht aus Vertretern der einzelnen Departements; sie setzt sich aus 17 Personen zusammen. Am Abend wurde dann einstimmig eine Entschließung angenommen, die erklärt:

„Die am 21. März in Paris versammelten Geschädigten beglückwünschen sich zu dem Interesse, das der Allgemeine Arbeiterverband ihnen entgegengebracht hat, und nehmen mit Befriedigung von den Erklärungen der C.G.T. einerseits und den Erklärungen der Geschädigten andererseits Kenntnis und erklären, das gute begonnene Werk fortsetzen zu wollen. Sie entscheiden sich deshalb dafür, daß am 24. April in Paris ein allgemeiner Kongreß der Geschädigten veranstaltet wird, der in praktischer und methodischer Form ein Wiederaufbauprogramm festlegen soll." Hierauf wurde die Verhandlung geschlossen.

Was Millerand fordert

Paris, 21. März

Der Präsident der Republik Millerand wohnte heute nachmittag der Sitzung der Gesellschaft der Zivilingenieure Frankreichs bei. Die Versammlung beschäftigte sich mit der Frage der Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens und in erster Linie mit der Frage der Wiederherstellung der während des Krieges angerichteten Zerstörungen. Nachdem mehrere Redner über die in den zerstörten Gebieten angerichteten Schäden und den gegenwärtigen Stand der Wiederherstellungsarbeiten geredet hatten, ergriff Präsident Millerand das Wort. Er sagte u. a., die tapfere Bevölkerung der betr. Gebiete hätte sofort nach der Rückkehr in ihre Heimat mit dem Wiederaufbau begonnen. Diese Arbeiten müßten energisch fortgesetzt werden. Darüber dürfe man aber nicht die Pflicht vergessen, die man gegenüber den toten und den lebenden sowie den kommenden Geschlechtern habe. Diese Pflicht bestehe darin, von dem Schuldner die Bezahlung seiner Schuld zu verlangen. Die Zerstörungen sind nicht im Kampfe oder infolge der Notwendigkeiten des Krieges angerichtet worden, sondern sind zum größten Teil das systematisch gewollte Ergebnis eines wirtschaftlichen Planes, der dazu bestimmt war, die Konkurrenz von morgen durch Zerstörung der Zivilfabriken zu vernichten. Millerand erinnerte darauf an die Ergebnisse der Londoner Konferenz und sagte weiter, Frankreich habe sich sofort ans Werk gemacht, um seine Bergwerke und Fabriken, die der Feind von gestern für lange Zeit lahmgelegt zu haben geglaubt habe, wiederherzustellen. Er müsse seine Rede schließen mit der Mahnung zur Arbeit und Einigkeit.

Konflikte im nahen Osten

HN. Paris, 22. März.

Nachrichten aus Konstantinopel besagen, daß den ganzen Sonntag hindurch um Batum gekämpft worden ist. Die Türken haben eine Proklamation erlassen, welche die Annektion Batums verkündet. Nach Straßenkämpfen, die den ganzen Tag dauerten, **konnten die Georgier die Türken vertreiben.** In der Stadt wurde durch das fortgesetzte Artilleriefeuer ein großer Schaden angerichtet. Die georgischen Truppen griffen die Türken auf der Linie, die sich 60 Kilometer von Batum hinzieht, gleichfalls an.

HN. London, 22. März.

Gounaris hat in einem Pressegespräch erklärt, die **Einberufung der griechischen Reserve** sei eine natürliche Folge der Haltung der Türkei, die aufs neue zu erkennen gab, daß sie die Vorschläge der Londoner Konferenz nicht annehmen werde, und daß sie Smyrna und Thrazien zurückfordere, die Griechenland als Ergebnis seiner Kämpfe erhalten habe. Die Türken erklärten offen, daß sie ihre Truppen aus Cilicien zurückzögen, um sie **gegen die Griechen zu verwenden.** Auch dort hätten die Griechen Berichte über eine Konzentration der Kemalisten erhalten. Die griechische Armee werde jetzt durch drei Jahrgänge um 45 000 Mann verstärkt. Wahrscheinlich werde eine griechische Offensive folgen, da die Griechen den Türken nicht erlauben können, sich ungestört gegen Griechenland zu konzentrieren.

•

Mobilisierung in Griechenland. Ein königliches Dekret ruft die Jahresklassen 1913, 1914 und 1915 zu den Fahnen. Die Maßnahme wird mit der Notwendigkeit des Schutzes der Griechen in Kleinasien und der Pazifizierung des nahen Ostens begründet.

Die Moskauer Heloten

Die sogenannte Exekutive der sogenannten III. Internationale, wie sich der Zerspalter und Verderber der Arbeiterbewegung Sinowjeff zu nennen liebt, versetzt dem armen Dr. Levi nochmals eine knallende Ohrfeige. Sie verkündet folgenden Ukas:

1. Die Exekutive bestätigt ihren Beschluß in der italienischen Frage und unterstützt wie zuvor die Kommunistische Partei Italiens.

2. Die Exekutive protestiert auf das energischste gegen die Unterstützung, die einer der Vorstandsmitglieder der V.K.P.D., Genosse Paul Levi, der zentristischen Fraktion Serrati in Livorno und auch später geleistet hat. Die Exekutive ist überzeugt, daß die erdrückende Mehrheit der deutschen Bruderpartei in bezug auf die italienische Frage auf seiten der italienischen Kommunisten und der Exekutive, und nicht auf seiten des Genossen Paul Levi steht.

3. Die Exekutive erklärt sich mit der am 1. Februar 1921 gefaßten Resolution der V.K.P.D. solidarisch und ersucht die Zentrale, eine Auslegung dieser Resolution, die die Hilfe für die Zentrumsfraktion Serratis und Schwierigkeiten für die italienischen Kommunisten bedeuten kann, nicht zuzulassen.

Diese Resolution ist nach genauer Prüfung der Lage von der Exekutive der K.I. einstimmig angenommen worden. Der Vertreter der V.K.P.D., Genosse Geyer, stimmte für die Punkte 1 und 3 und gegen den Punkt 2.

In ersterbender Demut versichert der kommunistische Zentralausschuß, daß er diese Befehle bereits vor der Zustellung ausgeführt hat. Bekanntlich hatte dies ein Verterter Sinowjeffs gefordert und Stöcker benützte die günstige Gelegenheit, um die Levi, Zetkin und Däumig zu verdrängen und die „Leitung" an sich zu bringen. Diese „Leitung" besteht in bedenkenloser Ausführung der Moskauer Weisungen, in der gewissenlosesten Aufpeitschung der Arbeiter zu sinnlosen Putschen und in den nichtigsten Beschimpfungen unserer Partei.

Stolz lieb ich den Spanier

General Ludendorff erklärte in der „München-Augsburger Abendzeitung" zu dem Offenen Brief des Grafen Brockdorff-Rantzau, daß er diesem gegenüber gar keinen Anlaß habe, etwas zurückzunehmen. Die Vorwürfe, durch die Graf Brockdorff-Rantzau sich beleidigt fühle, seien im Zitat einer Schrift von Dr. Wirth entnommen. Es sei sehr bezeichnend, daß sich Graf Brockdorff-Rantzau, dem doch der wahre Sachverhalt bekannt sein müsse, nicht bei diesem Verfasser und Urheber, sondern bei ihm, General Ludendorff, diese Genugtuung holen wolle. Er, General Ludendorff, lehne ein solches Ansinnen rundweg ab.

Das Wesentliche dieser Angelegenheit ist nicht die Schrift Wirths, sondern die Tatsache, daß Ludendorff im Jahre 1921 gegen Brockdorff-Rantzau Behauptungen erhebt, von denen er 1918 ausdrücklich abrückte. Ludendorff kann also auf den Vorwurf der Intrige nicht antworten. Er stellt sich stolz, um einer ihm unbequemen Sache aus dem Wege zu gehen. Brockdorff-Rantzau hat nunmehr die Pflicht, mit der vollen Wahrheit herauszurücken. Er hat in seinem Offenen Brief an Ludendorff angedeutet, daß er in der Lage sei, die Rolle jener Männer, die Deutschland in den Abgrund getrieben haben, restlos zu beleuchten. Wenn Ludendorff schweigt, muß Brockdorff-Rantzau reden.

Das Arbeitsrecht

Der Ausschuß für die Neuordnung des Arbeitsrechts hat in der Woche vom 7. bis 12. März im Reichsarbeitsministerium getagt. An den beiden ersten Tagen haben sich zwei seiner Unterausschüsse mit den Fragen des Angestelltenrechts und des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts beschäftigt. Es lagen mehrere Entwürfe vor. Die Besprechung ergab, daß fast alle wichtigen Fragen des Angestelltenrechts zugleich solche des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts sind und einer Sonderregelung in geringerem Maße bedürfen, als vielfach vorausgesetzt war. Es soll daher zunächst unter Benutzung der bereits vorhandenen Vorentwürfe der Entwurf eines Gesetzes über das allgemeine Arbeitsvertragsrecht ausgearbeitet werden, dessen Bearbeitung Dr. Heinz Potthoff übernommen hat. Die Arbeit soll so gefördert werden, daß bereits im Herbst die endgültige Beschlußfassung des Arbeitsrechtsausschusses erfolgen kann. — An drei Tagen hat sodann der Gesamtausschuß über den von Professor Sinzheimer aufgestellten Entwurf eines Tarifvertragsgesetzes beraten. Damit ist einer der wichtigsten Abschnitte des neuen Arbeitsrechts nunmehr im Ausschuß im wesentlichen fertiggestellt. Allerdings mußte die Ausgestaltung der vorgesehenen Tarifbehörden noch offengelassen werden, weil es den Absichten des Arbeitsrechtsausschusses entspricht, daß einheitliche Arbeitsbehörden geschaffen werden. Der Entwurf des Tarifvertragsgesetzes wird nach seiner endgültigen Redigierung voraussichtlich der Oeffentlichkeit übergeben werden. Schließlich haben sich die Mitglieder des Arbeitsrechtsausschusses noch an einer Besprechung über den Entwurf eines Hausgehilfengesetzes beteiligt, der ebenfalls auf Grund der Vorarbeiten des Arbeitsrechtsausschusses aufgestellt worden ist.

•

Das Tarifvertragsgesetz, das Sinzheimer vorbereitet, ist von besonderer Bedeutung, denn die Tarifverträge entbehren in den durch die jüngste Entwicklung gegebenen neuen Formen noch des einheitlichen Rechtsbodens. Allerdings stehen wir noch ganz im Anfang dieser Entwicklung und es ist darum nicht leicht, im Gesetz den passenden Rahmen für ihre weitere Förderung zu finden, ohne daß die Freiheit der Organisationen, die Träger der Verträge sind, in gefährlicher Weise angetastet wird. Große Vorsicht ist also am Platze.

Hinter den Kulissen

Abstimmungsbilder aus Oberschlesien

Von Eugen Prager

Im Eisenbahnzug 4. Klasse. Der Wagen ist wie gewöhnlich überfüllt. Meist wird polnisch gesprochen. Die deutsche Sprache muß in dieser Umgebung zurückstehen. Kaum setzt sich der Zug in Bewegung, so beginnt ein Konzert im Nebenraum. Irgendein Blasinstrument, begleitet von einem Schellengeläut. Nach zwei Stücken erscheint ein Mann im abgetragenen Soldatenrock, in der Mütze den Lohn für die Unterhaltung einsammelnd. Es wird reichlich gegeben, das Geschäft scheint sich zu lohnen.

Auf der nächsten Station wiederholt das Bild. Ein Händler drängt sich hinein, auf dem Rücken einen dicken Sack, in der Hand eine schwere Tasche. Beides wird geöffnet, Apfelsinen und Schokolade kommt zum Vorschein. Die Früchte, 2,50 M. das Stück, finden guten Absatz. Noch immer besser als der Genuß des „8prozentigen" Bieres, das man mit 1,50 M. bis 2 M. bezahlen muß. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß der früher landesübliche Schnapsgenuß fast gänzlich verschwunden zu sein scheint.

Der Apfelsinenhändler steigt aus, ein halbblinder Grubeninvalide erscheint, mit der Harmonika, dem Bergmannsklavier unterm Arm, eskortiert von einer mit buntem Kopftuch geschmückten Frau. Das Haar hängt dem Manne wirr in die Stirn, Gesicht und Hände scheinen lange keine Seife gesehen zu haben. Die Kleidung ist nur noch eine Sammlung von Flicken. Die Begleiterin scheint mehr auf ihr Aeußeres zu gehen. Die Haare sind mit viel Pomade an die Stirne geklebt. Wieder hören wir Musik, wieder wird eingesammelt. Die beiden schieben sich durch das Gedränge in den Nachbarraum hinein.

Die mit der kapitalistischen Wirtschaft untrennbare Vernichtung aller echten Kunstwerte hat auch auf die Auswahl der Lieder eingewirkt, die man im Volke zu hören bekommt. Nichts anderes als die tausendmal abgeleierten Operettenschlager entringen sich den Instrumenten der Eisenbahnmusikanten.

Zwischendurch entsteht ein lebhafter Streit in polnischer Sprache, von dem der Unkundige nur das allbekannte „Pierzunje" versteht. Eine Dorfhausiererin hat ihren Korb mit Kleiderstoffen und ähnlichen Herrlichkeiten, aus dem der Ellenstab herausragt, einem älteren Arbeiter auf die Füße gestellt. Vorbei ist jede nationale Zusammengehörigkeit, der Schmerz des gequetschten Körperteiles und das Recht auf ein Zehntel Quadratmeter Stehplatz zwingen den Mann zur schärfsten Offensive gegen seine Landsmännin.

•

Und mit dieser alltäglichen Welt rollt der Zug zwischen Hütten und Schächten hindurch an Halden, Grubenteichen, Kolonien, Dörfern, Städten vorbei. Die Märzsonne liegt prall und licht über dem Ganzen. Sie verschönt auch diesen Bezirk der Arbeit und der Ausbeutung, aber sie dringt nicht in die Werkanlagen hinein, nicht in die Gruben hinunter, wo der Bergmann 7½ Stunden hintereinander in harter Fron steht. Und wie traurig blicken uns die Wohnstätten dieser Proletarier an! Ein Arbeiterviertel ist wie das andere, die in rohen Backsteinen aufgeführten dreistöckigen Häuser sehen sich zum Verwechseln ähnlich und auch das innere der Wohnungen bleibt sich immer gleich. In neuerer Zeit sind allerdings auch Arbeiterkolonien geschaffen worden, besonders im Kreise Pleß, die höheren Ansprüchen in gesundheitlicher und ästhetischer Beziehung entsprechen.

Abgesehen von diesen Ausnahmen erkennt man gerade an den älteren Arbeiterkolonien Oberschlesiens, wie der Kapitalismus an der Arbeiterklasse gesündigt hat. Vor der Abstimmung haben die deutschen Verbände und auch die Industriemagnaten behauptet, daß die ganze Kultur Oberschlesiens vernichtet werde, wenn das Land an Polen falle. Hier sieht man ein besonderes Stück von dieser oberschlesischen Kultur. Der Arbeiter war nur Ausbeutungsobjekt, um seine menschlichen Bedürfnisse sorgten sich die Vertreter des Kapitals nur so weit, als es ihren eigenen Profitinteressen entsprach. Freilich werden die oberschlesischen Arbeiter aus dem Regen in die Traufe kommen, wenn das Land an Polen fallen sollte, denn Kapital bleibt Kapital, gleichgültig in welcher nationalen Verkleidung es auftritt.

•

Das oberschlesische Symbol hat man vor sich, wenn man vom Bahnhof in Königshütte auf das Riesenwerk zugeht, das dem größten Orte Oberschlesiens den Namen gegeben hat. Da zeichnen sich in scharfer Silhuette die zwei Türme einer Kirche vom Himmel ab und dahinter steht, als könnte es nicht anders sein, die gewaltige Esse einer Fabrikanlage. Klerikalismus und Kapitalismus, himmlisches Gebet und irdische Fron in innigster Gemeinschaft!

Und diese Gemeinsamkeit ist auch sonst vorherrschend. An allen Wegkreuzungen stehen Kruzifixe, auf allen größeren Plätzen Gotteshäuser. Die Kirche begleitet den Proletarier von der Wiege bis zum Grabe und sorgt dafür, daß er seiner Bestimmung so leicht nicht entfliehen kann. Der polnische Klerus würde an Oberschlesien ein wohlbereitetes Feld finden, wenn das Land an Polen übergehen sollte.

Es ist begreiflich, daß die moderne Arbeiterbewegung beim Grubenproletariat nur langsam vorwärtskommen konnte. Was die Kirche übriggelassen hat, das ist vom Nationalismus jetzt noch vollends verschüttet worden. Die Erregung dieser Tage und Wochen wird noch lange ihre Spuren hinterlassen.

Soweit der oberflächliche Beobachter sehen konnte, verlief das Zusammentreffen der aus dem Reiche zugereisten Abstimmungsberechtigten mit der heimischen Bevölkerung ganz harmonisch. Vielleicht sind manche in den kleineren Ortschaften dort, wo die Polen das Uebergewicht hatten, mit scheelen Augen angesehen worden. Aber die Gerüchte über gewaltsames Hinausdrängen der Heimatstreuen waren ohne Zweifel übertrieben. Manch ein Heimattreuer ist aus Angst vor polnischem Terror gar nicht in seinen Geburtsort gereist, was ihn aber nicht hinderte, dem zuständigen Ausschuß allerhand Märchen über polnische Gewaltakte zu berichten.

Wie es nicht anders sein konnte, bildete in der letzten Woche die Abstimmung das einzige Gesprächsthema. In der Bahn, in den Wirtschaften, auf den Straßen, zu Hause, immer wieder wurden die Aussichten des Kampfes besprochen. Eigentliche Diskussionen zwischen den Gegnern gab es kaum noch. Trotz des in Riesenmengen herausgeworfenen Druckpapiers, hatte sich wohl jeder schon längst eine Meinung gebildet. Selbstverständlich mit Ausnahme der Kommunisten, die bis zuletzt über die allein richtige Parole mit sich nicht ins Reine kommen konnten, so daß ihre wenigen Anhänger wohl allein getan haben werden, was unter den heutigen Verhältnissen für sie das Bessere ist.

Wie lange ist die Eiszeit her? Die fernen Vergangenheiten der Urzeit erscheinen uns meist in schemenhafter Dämmerung, weil wir uns von den Jahrtausenden, die sie zurückliegen, keine exakte Vorstellung machen können. Deshalb ist es von besonderer Wichtigkeit, wenn uns für die einzelnen Perioden und Kulturen ganz genaue Zahlenangaben gemacht werden. Mögen auch die Berechnungen nur ungefähr sein, so bieten uns doch diese Zahlen einen viel bestimmteren Anhalt als alle komplizierten wissenschaftlichen Fachangaben. Deshalb verdienen die Jahreszahlen besondere Beachtung, die der Eiszeitgeologe E. Werth für die absolute Dauer der Spät- und Nachglazialzeit errechnet hat und über die Hugo Mötefindt in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift" berichtet.

Für die Dauer des Rückzuges des Eises von der südschwedischen Eisrandlage, d. h. bis zum Ende der Eiszeit, werden hier 5000 Jahre angenommen. Die Epoche des Mesolithikums wird mit 4000 Jahren berechnet, und von diesem Zeitpunkt bis auf den heutigen Tag sind etwa 7000 Jahre verstrichen. Man kann daher annehmen, daß 16 000 Jahre vergangen sind, seit der Rückzug des Eises begann. Bevor das Eis zu weichen begann, ging aber eine lange Abschmelzperiode der eiszeitlichen Gletscher vor sich. Diese Abschmelzperiode hat man früher mit 4000 Jahren angenommen, und dabei die Stillstandslagen, in denen der Prozeß aufhörte, mit eingerechnet. Werth aber behauptet nun, daß das eigentliche Schmelzen bereits 4000 Jahre gedauert hat und daß die Gesamtzeit der zahlreichen Stillstandslagen auf wenigstens noch 4000 Jahre berechnet werden muß, so daß die ganze Rückzugs-

Gewissenlose Hetze

Die „Rote Fahne" ist bereits etwas kleinlaut geworden. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Arbeiterschaft nicht nur nichts mit dem tollen Gebaren der gewissenlosen kommunistischen Führer zu tun haben will, sondern von Ekel und Abscheu gegen dieses Treiben erfüllt ist.

Für Berlin selbst ist die Aktion bereits zu der Einberufung von vier Versammlungen zusammengeschrumpft, die gegen die Verhaftung des Friesland protestieren sollen. Wir denken, daß auch die Mansfelder Arbeiter sehr bald einsehen werden, daß sie sich von den Kommunisten mißbrauchen ließen. Wir erwarten bestimmt, daß die Gewerkschaften in Mitteldeutschland ihren Einfluß aufbieten werden, um die Polizei von jedem provokatorischen Vorgehen zurückzuhalten. Andererseits muß die Arbeiterschaft ihre volle Besonnenheit bewahren und darf den kommunistischen Putschisten nicht aufsitzen. Dasselbe gilt für Hamburg, jener Stadt, wo die Kommunisten stets in der infamsten und niederträchtigsten Weise die Zerspaltung der Arbeiterschaft betrieben haben. Dort wurde folgende sinnlos verbrecherische Parole ausgegeben:

Die Kommunistische Partei Hamburgs fordert die Arbeiter auf, ein dreitägiges Ultimatum auf Entwaffnung der Orgesch an die Regirung zu richten und bei Nichterfüllung sofort in den Generalstreik zu treten. Die Arbeitslosen werden aufgefordert, die Betriebe zu besetzen. (!) Die Arbeiter sollen sich Waffen verschaffen, wo sie können (!), und die Orgesch entwaffnen, wo es möglich (!) ist.

Das heißt nichts anderes, als jenen geringen Teil der Arbeiter, die den Kommunisten folgen, bewußt und absichtlich in die Maschinengewehre treiben. Die kommunistischen Führer wollen ein Blutbad, weil sie glauben, daß die Erregung ihnen dann zugute kommen wird. In Hamburg beherrschen die Rechtssozialisten durchaus das Feld. Die Kommunisten haben bei den letzten Wahlen dort ganze 30 000 Stimmen erhalten. Ihre Organisation umfaßt kaum ein paar Tausende. Und da fordern sie zu bewaffneten Aktionen und zur Besetzung der Betriebe auf. Das ist der Gipfel der Gewissenlosigkeit. Deshalb dürfen die Arbeiter sich nicht provozieren lassen, sie müssen den kommunistischen Agenten mit der größten Entschiedenheit entgegentreten. Nieder mit den gewissenlosen Verderbern der Arbeiterbewegung!

Die Reaktion wartet

Ausnahmegesetze und Mahnungen mit dem Säbel

Was vorauszusehen war, ist eingetroffen. Die Hetze der „Roten Fahne" und der übrigen Kommunistenblätter im Reiche wird von der reaktionären Presse bereits als willkommene Gelegenheit benutzt, um ein „antibolschewistisches" Kesseltreiben gegen die gesamte Arbeiterschaft zu empfehlen. Grinsend sieht die Reaktion ihre Aktien steigen. Zunächst äußert sie sich mit einiger Vorsicht und verbindet ihre Hetze mit einem heuchlerischen Wohlwollen für die „besonnene" Arbeiterschaft.

Die „Post", die unmittelbar vor dem Tag ihres Aussterbens steht, verlangt von dieser besonnenen Arbeiterschaft mehr Wahrhaftigkeit. Sie schildert die Tätigkeit der kommunistischen Presse in den jüngsten Tagen, glossiert Hörsings „Flucht in die Oeffentlichkeit" und bemerkt schon dazu, daß Hörsing die Geister, die er einst als sozialdemokratischer Agitator selbst gerufen hat, nicht mehr los werde. Eine Mahnung, wie sie Hörsing jetzt erlassen hat, habe „vor dem Kriege die kaiserliche Regierung leider viel zu oft und leider immer vergeblich an die damals noch einige Sozialdemokratie gerichtet". Wer die Geschichte kennt, wird sich erinnern, daß diese „Mahnungen" der kaiserlichen Regierung in den Säbelhieben der Schutzleute bestanden, und die „Post" hegt in ihrem Busen auch heute noch die größte Vorliebe für derartige Mahnungen. Angesichts der kommunistischen Politik hält sie die Zeit für die Wiederholung solcher Unternehmungen für gekommen. Sie versäumt deswegen nicht, die reaktionären Hetzhunde, die, wie sie hofft, während des Kampfes die Oberhand gewinnen werden, darauf hinzuweisen, daß dann mit der gesamten sozialistischen Arbeiterschaft aufgeräumt werden muß. Denn, schreibt das Blatt: „Diejenigen Genossen, die seinerzeit die Moabiter Demonstrationen und die Wahlrechtsdemonstrationen am Berliner Schiffbauerdamm als Vorexerzieren für die Revolution veranstaltet haben", seien genau so zu bewerten wie die Kommunisten, und was die Kommunisten gegenwärtig tun, sei dasselbe, was früher die einige Sozialdemokratie geübt hat.

Darum müsse eine reinliche Scheidung zwischen den Kommunisten und den „besonnenen" Arbeitern stattfinden, was nach der „Post" nur erreicht werden kann, „wenn sie (die besonnenen Arbeiter) ehrlich den offenen Bruch mit der Revolutionslehre des marxistischen Programms vollziehen".

Das heißt, wer nicht den deutschnationalen Nichtarbeitervereinen angehört, wird abgeschlachtet, wenn die Zeit gekommen ist. Und diese Zeit wittert die „Post" voraus, denn die Reaktion fühlt sich stark genug, um vom Niederschlagen einiger kommunistischer Putsche überzugehen zum Angriff gegen die gesamte Arbeiterklasse. Diese Ansicht der Reaktion deckt sich vollkommen mit der Auffassung der „Roten Fahne", die, wie wir heute morgen hervorgehoben haben, erst gestern schrieb, daß die Arbeiterschaft „der wohlorganisierten Kraft der Konterrevolution" gegenüber machtlos sei, weil sie keine Waffen in der Hand habe. Darum wartet die Reaktion mit heißem Begehren auf den Tag, wo unbesonnene Unternehmungen der Kommunisten ihnen Gelegenheit geben, ihre wohlorganisierte Kraft an der Arbeiterschaft auszulassen. Andere reaktionäre Blätter fordern bereits Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterschaft. Nichts kann so deutlich die Gefahr offenbaren, die in dem Treiben der Kommunisten für die gesamte Arbeiterklasse liegt, wie dieses stille Frohlocken der reaktionären Presse.

Wir fordern aber von den verantwortlichen Regierungsstellen, daß sie sich auch durch diese reaktionären Aufwiegeleien nicht ins Bockhorn jagen lassen.

Der Streik im Mansfelder Revier

W. T. B. meldet aus Halle a. Saale: Der von den Kommunisten proklamierte Generalstreik im Industrierevier ist noch nicht vollständig. Zwar haben die Mansfelder Arbeiter in den radikalsten Revieren den Streik begonnen, doch ist in den Zentralen Halle, Geiseltal und Leuna vorläufig keine Stimmung für den Streik vorhanden. Die Einstellung der Versorgung mit elektrischem Strom, die, wie gestern ein Gerücht wissen wollte, in Aussicht genommen war, hat sich bisher noch nicht bestätigt.

Friesland freigelassen

Wie wir bei Redaktionsschluß erfahren, ist der Kommunist Friesland bereits wieder freigelassen.

Seine Verhaftung stand mit dem Geschrei der „Roten Fahne" und den Vorgängen in Mitteldeutschland in keinem ursächlichen Zusammenhang. Er wurde verhaftet, weil er mit einem in München verurteilten Kommunisten für identisch gehalten wurde. Es scheint sich also höchstens um einen polizeilichen Mißgriff gehandelt zu haben. Die armen Kommunisten sind also in Berlin um den Vorwand für eine Protestaktion gekommen.

Die Siegessäulen-Attentäter

Berlin, 22. März.

Gestern abend gegen 8 Uhr gelang es der mit dem Siegessäulenattentat beschäftigten Kommission des Polizeipräsidiums, eine Reihe von Personen festzunehmen, unter denen sich wahrscheinlich die Hauptschuldigen am Siegessäulenattentat befinden. Sie waren schwer bewaffnet bei einer Beratung, die offensichtlich neue verbrecherische Unternehmungen zum Gegenstand hatten. Der Zugriff der Polizei geschah so plötzlich, daß jeder Widerstand im Keime erstickt wurde. Mehrere der Festgenommenen sind auch anderer Verbrechen dringend verdächtig und schwer vorbestraft.

Antibolschewistisches aus der Schweiz. Nach den Blättern in Genf ist Marcel Cachin der Zutritt zur Schweiz verboten worden. Es sind strenge Maßnahmen gegen die bolschewistische Propaganda getroffen worden.

Groß-Berlin

Der 29. Mai gehört den Arbeitersportlern!

Die Arbeitersportler Groß-Berlins veranstalten am 29. Mai, vormittags 11 Uhr, eine Demonstration im Berliner Lustgarten. Die Veranstaltung geht parallel mit den Kundgebungen, die an diesem Tage seitens der Arbeitersportler im ganzen Reiche erfolgen. In Berlin versammeln sich die Genossinnen und Genossen um 9 Uhr vormittags im Friedrichshain, Humboldthain, Kleinen Tiergarten, Asiatischer Platz, Belle-Alliance-Platz, Hermannplatz, Görlitzer Bahnhof und Bahnhof Frankfurter Allee, von wo sie in Demonstrationszügen durch die Straßen Berlins zum Lustgarten marschieren.

Genossinnen und Genossen! Die Arbeitersportler wollen die Groß-Berliner Arbeiterschaft auf ihre Ziele hinweisen. Ihr sollt an diesem Tage sehen und hören, daß es für jeden einzelnen notwendig ist, Leibesübungen zu treiben, wenn er Körper und Geist für den politischen und wirtschaftlichen Kampf dauernd spannfähig erhalten will. Die Arbeitersportler wollen euch beweisen, daß ihr Klassenverrat begeht, wenn ihr noch länger bürgerlichen Vereinen angehört, oder sie durch eure Groschen bei ihren Veranstaltungen unterstützt. Die Arbeitersportler wollen euch beweisen, daß der Sport nicht zur Verflachung des proletarischen Kampfes führt, sondern, daß im Gegenteil die Arbeitersportbewegung ein wichtiger Faktor in der Kampffront des Proletariats ist.

Genossinnen und Genossen! Erscheint in Massen und unterstützt die Bestrebungen eurer Klassenbrüder! Besonders ihr Jungen! Kommt und holt euch bei uns die Kräfte, die ihr als Träger der Zukunft und eines langen, schweren Kampfes braucht. Jugendliche Arbeiter Groß-Berlins! Unterstützt die Demonstration der Arbeitersportler. Sie bauen und schaffen in erster Linie für euch.

Im Anschluß an die Demonstration findet, wie alljährlich, im Stadion Grunewald das Groß-Berliner Arbeiter-Sportfest statt. Beteiligt euch auch daran in großer Zahl, damit ihr endlich einmal wißt, was wir wollen. Denkt daran, der 29. Mai gehört den Arbeitersportlern!

Drei Mark ein Liter Milch

Die Milchpreise haben eine Höhe erreicht, die eine große Gefahr für die Kinderernährung in sich schließt. Für Säuglinge ist die Milch das einzige Nahrungsmittel. Rechnet man einen Liter Milch pro Tag auf einen solchen kleinen Erdenbürger, so macht das pro Monat 100 Mark nur für Milch aus. Welche Arbeiterfrau ist in der Lage, solche Summen auszugeben. Wo soll diese Preispolitik hinführen?

Da veranstaltet man Kinderhilfstage, um das Kinderelend zu lindern, da schimpft man auf die Entente, die Milchkühe haben will, und hier setzt man die Preise so hoch, daß große Kreise von Arbeiterfamilien die Milch nicht mehr bezahlen können. Wenn die Kindersterblichkeit steigt, ist das kein Wunder. Und man braucht sich auch nicht mehr zu wundern, wenn manche Mütter die Milchkarten zu hohen Preisen verkaufen an Leute, die gern größere Beträge für solche Karten aufwenden, obwohl sie wissen, daß damit den Kindern die Milch entzogen wird. Leute mit etwas sozialem Empfinden werden solche Karten entschieden zurückweisen. 3 Mark für einen Liter Milch ist kein Preis, der im Verhältnis zu den Produktionskosten steht. Man denke bei diesen Preisfestsetzungen nicht nur ausschließlich an die Produzenten, sondern auch an die Konsumenten. Hier kommen die Kinder in Frage, die bei einem solchen Preise dem Verhungern preisgegeben werden.

Die Kriegsteilnehmer müssen zahlen

Zu ungezählten Malen ist gegen die steuerliche Benachteiligung der Kriegsteilnehmer geschrieben worden, weil sie für das Steuerjahr 1919 nach ihrem voraussichtlichen Verdienst, berechnet nach ihrem derzeitigen Einkommen zur Zeit der Veranlagung im Frühjahr 1919, eingeschätzt wurden. Abhilfe ist aber nicht erfolgt. Zu dieser Ungerechtigkeit tritt nun eine neue. Wohl infolge Ueberlastung der Berliner Finanzämter konnte die Steuereinschätzung der zurückgekehrten Kriegsteilnehmer nicht durchgeführt werden und wurde diese daher zurückgestellt. Allmählich arbeiten sich aber die Finanzämter durch und nun werden die richteingeschätzten Kriegsteilnehmer aufgefordert, Angaben zu machen über ihren tatsächlichen Verdienst für die Zeit nach ihrer Entlassung vom Militärdienst bis zum 31. März 1920. Während also bei einer sofortigen Einschätzung sie nur ihren voraussichtlichen Verdienst hätten versteuern brauchen, müssen sie für die Saumseligkeit der Finanzämter büßen, indem sie jetzt ihren tatsächlichen Verdienst versteuern müssen. Die Beträge, die sie zu zahlen haben, beziffern sich meist auf 600 bis 800 Mark und darüber. Teilzahlungen werden gestattet, wo diese aber nicht pünktlich eingehalten werden, wird mit Lohnbeschlagnahme vorgegangen. Diesen Kriegsteilnehmern, die ein eigenes Verschulden nicht trifft, wird also zugemutet, neben dem zehnprozentigen Lohnabzug noch Beträge bis zu 1000 Mark bezahlen zu können. Bei der rücksichtslosen Eintreibung geraten dieselben in große Not und ist es daher nur ein Akt der Gerechtigkeit, wenn von der Einziehung dieser Steuerrückstände, entstanden durch Verschulden der Berliner Finanzämter, Abstand genommen wird. Die Steuerbehörden sollten für Niederschlagung dieser Steuerreste sorgen. Es ist ganz ausgeschlossen, daß ein Arbeiter solche Steuerrückstände zahlen kann, genau so wenig, wie er Ende März noch für das verflossene Steuerjahr Reste zahlen kann.

Kreisturntag des 1. Kreises. In den Räumen des Turnvereins „Fichte" wurde am 19. und 20. März der Kreistag des 1. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes abgehalten. Unter starker Teilnahme der Delegierten von über 350, gingen die Verhandlungen vor sich. Schon der Geschäftsbericht zeitigte das Bestreben der verschiedenen sozialistischen Richtungen den Arbeiter-Turn- und Sport-Bund seinen ursprünglichen Zielen wieder nahe zu bringen. Die Beschlüsse des letzten Kreistages in Cottbus, welche eine klare, zielbewußte Richtschnur im Interesse des proletarischen Klassenkampfes darstellen, wurden mit einer schwachen Mehrheit durch vorliegenden Antrag aufgehoben. Eine Resolution, die sich scharf gegen die einseitige, rechtssozialistische Schreibweise des Redakteurs der Arbeiter-Turn-Zeitung wendet, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Der Kreisturnwart Schubert gibt einen technischen Bericht über die Turn- und Spielausschüsse. Der bisherige Kreisvertreter Liesle lehnte bei der derzeitigen Stellungnahme des Kreises eine Wiederwahl ab. Gewählt wurden Noack, Forst und v. Grumkow, Zehlendorf. — Dem Arbeitersport werden 2000 Mark bewilligt. Trotz der scharfen Gegensätze erklärten sämtliche Delegierten weiter an dem Ausbau des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes arbeiten zu wollen, im Interesse des proletarischen Klassenkampfes.

13. Verwaltungsbezirk Tempelhof-Mariendorf. Die Einführung der am 25. 2. gewählten Bezirksamtsmitglieder erfolgte am Freitag, den 18. 3. 21, durch den Oberbürgermeister Böß. Der Akt war sehr feierlich, alles, mit Ausnahme der U. S. P. D.-Bezirksverordneten, erschien in Trauerkleidung; es wurden viele und schöne Reden gehalten. Ein Dringlichkeitsantrag unserer Genossen, wegen Verbesserung der skandalösen Schulverhältnisse in Lichtenrade, gab unserm Genossen Kuchenbecker Gelegenheit, an den neugewählten Bürgermeister zu appellieren, daß dieser das von dem Schöffen Groß-Lichtenrade begangene Unrecht gutmachen möge. Alle Parteien wandten sich gegen die Zustände in Lichtenrade und damit indirekt gegen den neugewählten Bürgermeister, welcher das stellv. Gemeindevorsteher von Lichtenrade dafür von

---

bewegung der Gletscher mit 8000 Jahren angenommen werden muß. Von da an hat er bis auf unsere Tage 16 000 Jahre errechnet, so daß sich im ganzen 24 000 Jahre für den Anfang des Endes des Eiszeitalters ergeben würden.

Mit diesen Zahlen stimmen die geologischen Beobachtungen zusammen, die auf Grund der Ablagerungen des Schweizerbildes bei Schaffhausen gewonnen wurden. Auch hier ergab sich die Berechnung von etwa 24 000 Jahren seit dem Beginn der Abschmelzperiode. Danach hätte also die Späteiszeit vor rund 25 000 Jahren begonnen, und es ergibt sich dann die folgende Chronologie der Urgeschichte: die Abschmelzzeit der letzten eiszeitlichen Gletscher, die sogen. Magdalenien-Kultur reicht vom Jahre 23 000 bis 9000 v. Chr., das Mesolithikum von 9000—5000 v. Chr., das Vollneolithikum von 5000—2000 v. Chr., und dann beginnt die noch heute währende Metallzeit.

Eine Selbstverwaltungsschule in Aegypten. Schulen mit Selbstverwaltung werden vom Sozialismus gefordert. Wir wollen dadurch den demokratischen Geist und die Selbständigkeit in den Kindern stärken. Aber keine der neuen Schulen ist in der Selbstverwaltung so weit wie eine Anstalt in Kairo, die 1914 von einigen Schülern begründet wurde. Wie ein Lehrer an dieser Schule in einem englischen Blatt erzählt, taten sich einige Schüler, die mit dem Unterricht an den staatlichen Schulen in Kairo unzufrieden waren, zusammen und beschlossen, selbst eine Schule aufzumachen, die sie stolz „die große Schule der Vollendung" nannten. Sie mieteten ein paar Räume in einem alten Haus und engagierten sich ihre eigenen Lehrer, waren also selbst zugleich Direktoren der Anstalt und Schüler. „Niemals in meiner langen Schulerfahrung," erzählt der genannte Lehrer, „habe ich soviel Vergnügen im Unterrichten gefunden wie an dieser Schule. Die strengste Ordnung, die vollkommenste Höflichkeit, der größte Lerneifer und die schönste Eintracht herrschten hier, und es war wirklich in vieler Hinsicht eine Schule der Vollendung. Aber die Schüler waren leider nicht so gute Geschäftsleute wie Organisatoren, und so ging diese einzigartige Selbstverwaltungsschule nach einiger Zeit wieder ein." B.

Ethik der Bourgeoisie. Die reichen Damen und Herren, die in ihrer Heimat vom Nichtstun so müde geworden sind, daß sie eine Erholung nötig haben, fahren gern nach Monte Carlo. Abgesehen vom Roulettespiel treiben sie dort einen Jagdsport, von dem der Pariser Korrespondent des englischen sozialistischen Blattes „Daily Herald" folgendes erzählt: Der alte Scherz: „Ein schöner Tag heute, laßt uns hinausziehen und etwas töten" ist hier wahr geworden. Alle Tage knallen unter diesem herrlich blauen und strahlenden Himmel Doppelflinten, und das Leben schöner Vögel zerstiebt in Blut und Federn. Zum Vergnügen der titulierten Sportsleute, die von einer schönen Terrasse aus ihre Schießübungen abhalten, werden die Schwanzfedern der Vögel geschnitten, so daß die Möglichkeit zu entkommen, für die kleinen Tierchen ganz gering ist. Aus einem kleinen Käfig werden sie plötzlich in die blendende aber kurze Freiheit losgelassen und gleich trifft sie die Kugel dieser angeblichen Sportsleute, die tagtäglich mit dem Hinschlachten halbgelähmter Vögel ihre Zeit vertreiben. Stolz wurde dieser Tage verkündet, daß einer jener Richtstuer, der hintereinander dreizehn von dreizehn losgelassenen Tauben gemordet hatte, die Meisterschaft der Saison errungen habe. Wirklich ein Held!

Auguste Viktoria als Landesmutter. Der deutsche Buchhandel stöhnt unter den ungeheuren Preisen, die die Absatzfähigkeit des deutschen Buches im Inland, wenn man von Unterhaltungsware absieht, in erschreckender Weise ständig verringert. (Dabei war das Volk der Dichter und Denker schon vor dem Kriege das Volk der Leihbibliothek). Aber heil unseren Geistesheroen! Noch gibt es Autoren, die das geistige Banner hochhalten. Verleger, die wertvolle Prachtbände herausbringen. Empfohlen vom deutschen Landesfrauenverein und dem Roten Kreuz erschien in diesen Tagen „Auguste Viktoria als Landesmutter" in echtem Halbpergamentband mit Goldschnitt und Schutzkarton. Für fünfzig Mark. Verfasser: Bogdan Krieger, Königlicher Hausbibliothekar. Das Buch — so versichert eine Anzeige des Verlegers — bildet ein wertvolles Konfirmationsgeschenk. Wir vermuten, es ist noch für andere Zwecke wertvoll.

Tages-Notizen

Literarische Sondervorstellung der Volksbühne. Bei der Uraufführung von Zechs „Verbrüderung", die Karfreitag abend, an den beiden Osterfeiertagen vormittags im Neuen Volkstheater stattfindet, werden die Hauptrollen mit Rose Lichtenstein, Charlotte Schulz, Dr. Paul Wiedeman (Leipziger Schauspielhaus), Peter Ihle (Lessing-Theater), Max Nemetz (Deutsches Theater) und Friedrich Lobe (Neues Volkstheater) besetzt. Regie: Hans Goldberg. Für die Karten ist ein Einheitspreis festgesetzt. (Mitglieder der Volksbühne 5 M., Nichtmitglieder 10 M.) Sie sind in beschränkter Anzahl erhältlich in der Geschäftsstelle der Volksbühne, an den Tiergarten Theaterkassen usw.

Das 2. volkstümliche Konzert der Staatsoper, am 2. Osterfeiertag, beginnt pünktlich um 11 Uhr. Dirigent: Generalmusikdirektor Leo Blech. Programm: „Eroica" von Beethoven, „Tod und Verklärung" von Richard Strauß, die „Meistersinger" und Ouvertüre zur „Verkauften Braut" von Smetana. Ein ausführliches Programmheft mit Inhaltsangaben und musikgeschichtlichen Erläuterungen am Konzerttage im Großen Schauspielhause erhältlich. Preise der Plätze 4—25 M. (Viel zu hoch!)

Theater. Im Deutschen Theater gastiert die russische Schauspielerin Elena Polewitzkaja Mittwoch in der Kameliendame von Dumas. Kartenverkauf: Deutsches Theater, A. Wertheim und Russische Buchhandlung, Kettelerstraße.

Der Berliner Lehrergesangverein veranstaltet Karfreitag, 7½ Uhr, in der Scala, Lutherstr. 38—41, ein Konzert, in dem Chorwerke zu Gehör gebracht werden. Karten bei Hein u. Bock, A. Wertheim und in der Scala.

Ostertonfilmstelle Freiheit des Freidenkers. Karfreitag, 12 Uhr mittags, Meistersaal, Vorlesung Dr. Erich Brach: Dichtungen des Friedens und „Die Mütter", Drama von Jungnickel. Zum Besten der Studentenhilfe. Karten 5,50 M.

Tanzabend. Ilse und Fernand werden Mittwoch, 7½ Uhr, im „Sturm", Potsdamer Str. 134a, pantomimische Tänze zur Musik von Herwarth Walden vorführen. Rudolf Blümner trägt expressionistische Dichtungen vor.

antwortlich ist; selbst der Sprecher der S. P. D. sagte, daß er kein Vertrauen zu dem Lichtenrader Gemeindevorstand habe, er bedauere, daß er seinem Parteifreund Groß gegenüber derartige Ausführungen machen muß. Unser Antrag wurde mit großer Mehrheit gegen 5 Stimmen angenommen. Zum Schluß gab es noch eine Debatte wegen des Verrats der S. P. D. bei der Wahl des Bezirksamtes. Ewald von der S. P. D. brachte zu dem bereits früher improvisierten Schwindel eine frische Lüge mit, nämlich, daß unsere Genossen in letzter Minute sich bereit erklärt haben, einen Bürgerlichen zu wählen. Er fand dafür nur ein mitleidiges Lächeln bei den Bürgerlichen. Unserm Genossen Küter fiel es nicht schwer, Ewald abzuführen.

Der 2. Aufklärungsabend der Pankower Frauenarbeitskommission war wieder sehr gut besucht. Genossin Wulff sprach über „Prostitution und Verbrechen". Alle Anwesenden folgten den Ausführungen der Genossin Wulff mit großer Aufmerksamkeit, so daß sich zum Schluß eine sehr lebhafte Diskussion entspann, wie es nicht oft der Fall ist. Genossin Wulff wies mit Recht darauf hin, daß auch auf diesem Gebiete das Elend nur durch Abschaffung des kapitalistischen Systems ausgerottet werden kann. Vor allem gilt es, unsere Jugend zu schützen, weshalb der Wunsch laut wurde, auf dem nächsten Aufklärungsabend Rat zu bringen über die Aufklärung unserer Kinder auf sexuellem Gebiet. Die Leitung der Frauenkommission hat alle Schritte unternommen, um den Parteigenossinnen und -genossen weiter mit Rat und Tat beizustehen, und hofft weiter auf rege Beteiligung.

Achtung, Eltern und Lehrer Neuköllns. Am Mittwoch, 23. März, abends 7 Uhr, findet in der Aula des Reform-Realgymnasiums, Boddinstraße, ein Lichtbildervortrag über die Montessorische Erziehungsmethode statt. Vorführende Referentin ist die Städt. Lehrerin Frl. Grunewald. Eintrittspreis 1 M. Frühzeitiges Erscheinen erforderlich.

Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge in Neukölln. Die örtlichen Fürsorgestellen haben angesichts der Tatsache, daß bei den versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen die endgültige Festsetzung ihrer Rentenbezüge gemäß den Vorschriften des Reichsversorgungsgesetzes aus technischen Gründen bisher nicht erfolgen konnte, vom Reichsarbeitsministerium allgemein die Ermächtigung erhalten, bei nachgewiesener Bedürftigkeit „Vorschüsse" auf die demnächst festzusetzenden Renten zu gewähren. Durch diese Maßnahmen ist der Geschäftskreis der Fürsorgestellen in erheblichem Umfange erweitert worden. In Neukölln, das bekanntlich einen außerordentlich hohen Prozentsatz an Kriegsteilnehmern gestellt und demzufolge auch eine verhältnismäßig hohe Zahl versorgungsberechtigter Personen aufzuweisen hat, mußten bis zum 28. Februar 1921 rund 1 100 000 Mark an Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene vorschußweise gezahlt werden. Demzufolge ist auch die Zahl der abzufertigenden Personen in den letzten Monaten mit durchschnittlich 175 am Tage eine überaus hohe.

Zwei neue Raubüberfälle. Von drei falschen Schutzbeamten in ihrer Wohnung überfallen und beraubt wurde gestern eine Frau Knopf aus der Malplaquetstr. 15. In ihrer Wohnung erschienen drei Männer in der Uniform der Schutzpolizei, mit dem Karabiner bewaffnet. Sie erklärten, daß sie beauftragt seien, die Wohnung nach Waffen zu durchsuchen. Als die überraschte Frau Verdacht schöpfte und Schwierigkeiten machte, schritten die „Beamten" zur Gewalt. Einer von ihnen hielt Frau Knopf mit dem Karabiner in Schach und die beiden anderen öffneten und durchsuchten alle Behältnisse in der Wohnung, fanden zwar keine Waffen, weil keine da waren, wohl aber 2800 Mark bares Geld, daß sie kurzerhand mitnahmen. Die falschen Beamten entkamen unangefochten mit ihrer Beute. — **Auf der Haustreppe überfallen und beraubt** wurde eine Witwe von Bronse, als sie auf dem Grundstück Greifswalder Straße 207 ihre Wohnung im Vorderhause nach einem Ausgang wieder aufsuchte. Ein unbekannter Mann, der ihr aufgelauert hatte, fiel über sie her, raubte ihr eine schwarze Tuchtasche, ergriff dann sofort die Flucht und entkam. Erbeutet hat der Räuber so gut wie gar nichts, denn die Tasche enthielt nur ein Portemonnaie mit 1,50 M., mehrere Schlüssel, ein Reisebesteck und ein Wirtschaftsbuch. Der Flüchtige ist etwa 30 Jahre alt, mittelgroß und untersetzt, hat einen kastanienbraunen kurzen Schnurrbart und trug einen kurzen Paletot.

Flugpost Berlin—München—Augsburg. Die zur Leipziger Messe eingerichtete durchgehende Flugpostverbindung Berlin—Leipzig—Nürnberg/Fürth—München—Augsburg wird vom 21. März an von dem Rumpler-Luft-Verkehr, Berlin, und den bayrischen Rumpler-Werken Augsburg als ständiger Flugpostdienst mit täglichem Hin- und Rückflug weiterbetrieben. Abflug wie zur Messezeit Berlin 8.—, an Leipzig 9.15, an Nürnberg, Fürth 12.15, an München 2.—, an Augsburg 2.40. Zurück ab Augsburg 7.45, an München 8.10, an Nürnberg/Fürth 10.—, an Leipzig 12.30, an Berlin 2.15.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Mittwoch. Nachts kühl, am Mittag ziemlich warm, vielfach heiter, zeitweise wieder stärker bewölkt bei frischen südwest- bis westlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Gewerkschaftliches

Generalversammlung der Transportarbeiter

Die Berliner Verwaltungsstelle des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes hielt am Montag, den 21. März, im Berliner Gewerkschaftshaus ihre Jahresgeneralversammlung ab.

Der Bevollmächtigte Ortmann gab den Jahresbericht und den Geschäfts-, Kassen- und Arbeitsnachweisbericht vom vierten Quartal 1920. Im vierten Quartal wurden insgesamt 121 Angriffsbewegungen ohne Streik geführt, die sich auf 9231 Betriebe verteilen. Daran waren 100 045 Mitglieder beteiligt, die erreichten Lohnerhöhungen betragen 2 480 080 Mark. Weiter wurden sieben Angriffsbewegungen mit Streik mit 759 beteiligten Mitgliedern geführt. Die Agitationstätigkeit war in dem verflossenen Quartal in allen Sektionen äußerst rege. Der Arbeitsnachweis wurde von 22 522 Stellungsuchenden in Anspruch genommen.

Zum Kassenbericht für das vierte Quartal 1920 teilte Ortmann mit, daß die Lokalkasse in Einnahmen und Ausgaben 4 837 083,80 Mark, die Hauptkasse mit 2 220 626 50 Mark bilanziert. Der Mitgliederbestand betrug am Jahresabschluß 154 076.

Im Anschluß an den Quartalsbericht gab Ortmann dann den Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1920. In dem Berichtsjahr wurden 482 Angriffsbewegungen ohne Streik in 20 903 Betrieben mit 571 692 beteiligten Mitgliedern, 20 Angriffsbewegungen mit Streik in 739 Betrieben mit 8295 beteiligten Mitgliedern, acht Abwehrbewegungen mit Streik in 133 Betrieben mit 1334 beteiligten Mitgliedern geführt. Auf friedlichem Wege wurden hierbei erreicht: bei 20 013 Firmen mit 589 692 Beteiligten 10 161 660,23 Mark Lohnerhöhung pro Woche, bei 549 Firmen mit 5796 Beteiligten eine Arbeitszeitverkürzung von 21 204 Stunden pro Woche. Durch Arbeitseinstellungen wurden erreicht: bei 740 Firmen mit 8313 Beteiligten 554 826,26 Mark Lohnerhöhung pro Woche, bei 265 Firmen mit 1355 Beteiligten eine Arbeitszeitverkürzung von 7020 Stunden pro Woche.

Im Jahreskassenbericht bilanziert die Hauptkasse in Einnahmen und Ausgaben mit 8 378 048,45 Mark, die Lokalkasse mit 12 834 858,76 Mark. Städtische Erwerbslosenunterstützung wurde gezahlt von der Berliner Verwaltung insgesamt 14 110 505,70 Mark an 228 470 Personen, Erwerbslosenunterstützung der Organisation 853 457,20 Mark für 13 363 Mitglieder. Krankenunterstützungen wurden 629 991,55 Mark an 14 870 Mitglieder gezahlt.

Ortmann betonte am Schlusse seines Berichts, daß in dem verflossenen Geschäftsjahre gute Arbeit von der Organisation geleistet worden ist, besonders die Funktionäre hätten einen großen Anteil daran. Im Interesse der gesunden Fortentwicklung der Organisation sei zu wünschen, daß auch fernerhin positive Arbeit geleistet werde. (Beifall.)

Nach kurzer Debatte, in der sich die Redner im allgemeinen mit dem gegebenen Bericht einverstanden erklärten, wurde nach einem Schlußwort Ortmanns gemäß dem Antrage der Revisoren dem Kassierer G. Bretzke einstimmig Entlastung erteilt.

Hierauf wurde die Neuwahl der Bezirksverwaltung vorgenommen. Sämtliche bisherige Verwaltungsmitglieder wurden wiedergewählt resp. bestätigt.

Nach Erledigung einiger Anträge wurde die Generalversammlung geschlossen.

Freigewerkschaftliche Erfolge

Daß der freigewerkschaftliche Gedanke auch in den Kreisen der Angestellten mehr und mehr Boden gewinnt, beweist am besten das bisherige Ergebnis der Kaufmannsgerichtswahlen.

So sind in 50 Orten bisher 599 Beisitzer gewählt worden. Davon erhielt der Zentralverband der Angestellten 209, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband 190, der Gewerkschaftsbund der Angestellten 122, verschiedene Verbände und vereinigte Listen 78 Beisitzer. Gerade die letzten Tage bringen für den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband Niederlage auf Niederlage. Es sei nur Emden (Z.d.A. 5, D.H.V. 0), Lehe (Z.d.A. 4, D.H.V. 0), Chemnitz (Z.d.A. 15, D.H.V. 11), Kiel (Z.d.A. 10, D.H.V. 0), Dresden (Z.d.A. 18, D.H.V. 13) genannt! Vergleicht man mit diesen Resultaten die Wahl vor dem Kriege, wo der Zentralverband in Kiel mit nur 2, in Chemnitz mit nur 3 Beisitzern, in vielen Orten überhaupt nicht vertreten war, so kann man schon jetzt sagen, daß der freigewerkschaftliche Gedanke erfreulich im Wachsen begriffen ist.

Angestellte des Einzelhandels

Die in Waren- und Kaufhäusern und sonstigen Geschäften des Einzelhandels tätigen Handelshilfsarbeiter befinden sich im Streik. Jeder freigewerkschaftlich organisierte Angestellte, also die Mitglieder des Z. d. A., Bundes der technischen Angestellten und Beamten und Deutschen Werkmeister-Verbandes, haben jede Streikarbeit abzulehnen. Wir erwarten von den uns angeschlossenen Angestellten, daß sie volle Solidarität üben und so auf ihre Weise den Handarbeitern der Branche zum Erfolge verhelfen werden. Bei etwa auftauchenden Differenzen wolle man sich mit uns oder mit der Zentralstreikleitung (Reßstraße 6) in Verbindung setzen. Afa-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.

Buchdrucker

Die Kollegen der Buchdruckmaschinen-Reparatur-Werkstätten Groß-Berlin, befinden sich seit einigen Tagen im Streik. Wir bitten die organisierten Kollegen innerhalb der Buchdruckereien darauf Obacht zu geben, daß Reparaturen nicht von Streikbrechern ausgeführt werden. Die Betriebe, in denen die Forderungen der Organisation bewilligt sind, haben den Kollegen, die auf Montage gehen, einen Ausweis der Organisation auszustellen. Wir bitten in jedem Fall unsere Kollegen Buchdrucker, darauf streng zu achten. Übt Solidarität, denn nur dadurch ist es möglich, daß der Streik zugunsten der Kollegen beendet werden kann.

Gruppenversammlung der in den buchhändlerischen Betrieben beschäftigten Markthelfer und Packer. Als der Branchenleiter das von dem Arbeitgeber-Verband an den Deutschen Transportarbeiter-Verband gerichtete ultimative Schreiben verlas, brach ein allgemeiner Sturm der Entrüstung los. Es handelt sich für die Versammelten nicht darum, eine Wirtschaftsbeihilfe in Höhe von 50 bis 400 M., wie sie von seiten der Arbeitgeber angeboten ist, anzunehmen, sondern unter allen Umständen eine Neuregelung der Grundlöhne, die bei 160 M. resp. 190 M. zu den niedrigsten überhaupt gehören, herbeizuführen. Keineswegs sind die Arbeitnehmer gewillt, das von den Unternehmern gestellte Angebot anzunehmen. Die vorgenommene geheime Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Angebots der Unternehmer ergab mit großer Mehrheit die Ablehnung desselben. Die Versammlung beauftragte die Organisation, trotz der aggressiv ablehnenden Haltung der Unternehmer nochmals den Versuch zu machen, eine Verhandlung herbeizuführen und, falls hierdurch eine Einigung nicht erzielt werden kann, den Schlichtungsausschuß anzurufen, damit alle Mittel und Wege erschöpft werden, die Forderung auf friedlichem Wege durchzusetzen.

Klaviaturarbeiter haben heute Versammlung und nicht Klavierarbeiter.

Aus den Organisationen

Dienstag, 22. März.

Reinickendorf-West. Abends 8 Uhr Schulaula der fünften Gemeindeschule Elternversammlung. Thema: Errichtung und Ausgestaltung der weltlichen Schule. Referent: Genosse Kunkel.

Mittwoch, 23. März.

12. Bezirk. Die Bildungskommission des 12. Bezirks hat eine Lern- und Lesegemeinschaft gebildet. Die erste Zusammenkunft findet abends 8 Uhr, bei Schmidt, Pappelallee 64, statt. Als Ausgangspunkt für die Lektüre dient „Schönlein", Kapitalismus und Sozialismus.

Donnerstag, 24. März

17. Bezirk. 2. Abteilung. Abends 7 Uhr Abteilungsversammlung, Schulaula, Lettischer Str. 47-48. Gäste können von den Genossinnen und Genossen eingeführt werden.

18. Bezirk. 1. Abteilung. 7½ Uhr Funktionärkonferenz bei Grunert, Prinzstraße 59.

Vereinskalender

Mittwoch, 23. März

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirk Groß-Berlin, Sektion 1, Lederbranche, bei Mitte, Poststr. 29, 5 Uhr, Gruppenversammlung aller im Schuhgroßhandel beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Sächsische Branche. Betriebsräte, Betriebsleute, Arbeiterräte. Abends 7 Uhr bei Hoffarn, Melchiorstr. 15, Vollversammlung.

Verband der Fabrikarbeiter. Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Berlin, Engelufer 15, Versammlung aller in der Margarine-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabald, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Kameriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1

Neuwahl der Betriebsräte Ende März

Betriebsräte / Obleute Gewerkschaftsfunktionäre!

Soeben erschien das
Handbuch für Betriebsräte
Von Rudolf Weck / Arbeitersekretär in Königsberg i. Pr.

Aus dem Inhalt:

A. Betriebsrätegesetz
I. Allgemeine Bestimmungen
II. Aufbau der Betriebsvertretungen
a) Betriebsrat (Arbeiterrat und Angestelltenrat)
1. Zusammensetzung und Wahl
2. Geschäftsführung
3. Erlöschen der Mitgliedschaft
4. Betriebsversammlung
b) Gesamtbetriebsrat
c) Sondervertretungen
III. Aufgaben und Befugnisse der Betriebsvertretungen
a) Betriebsrat (Betriebsbilanzgesetz)
b) Arbeiterrat und Angestelltenrat
c) Betriebsobmann
IV. Entscheidung von Streitigkeiten
V. Schutz- und Strafbestimmungen
VI. Ausführungs- und Übergangsbestimmungen
B. Die Rechtsprechung zu § 12 der Verordnung vom 12.12.1920 betr. Arbeitsstreckung
C. Gesetz betreff. Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen u. Stillegungen vom 8.11.1920

An Betriebsräte, Gewerkschaften, Organisationen liefert der „Freiheit"-Verlag das Handbuch zum Preise von 10.00 Mark (im Buchhandel 15.00 Mark zuzüglich Teuerungszuschlag)

Bestellungen richte man sofort an die
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Gardinenverkauf zu staunend billigen Preisen! Gardinenstoffe 7.00 m. Künstlergarnituren 70.00, 85.00 aufwärts. Madrasgardinen 145.00 aufwärts. Etamen 65.00 m. Bettdecken große Auswahl. Deutsch, Landsberger Straße 13, nur erste, kein Laden.

Frühjahrsmodelle, einspottbilliges Angebot! Praktische Kostüme, mit Jacketts auf Seide 150.00, 250.00, 350.00. Praktische Röcke 28.50, 36.00. Uebergangsmäntel 125.00 bis 195.00. Wollröcke, Wollkleider, Seidenkleider, Seidenblusen spottbillig. Entzückende neueste Modelle, Kostüme, Mäntel aus besten Qualitäten enorm billig. Nur Gelegenheitskäufe. Clara Michaelis, Mauerstraße 86, 1 neben Cinn.

Staunenerregend! Kreuzfüchse 85.—, Rotfüchse 75.— Mark, Alaska füchse, Zobelfüchse sowie alle anderen Pelzarten, Pelzmäntel, alles zu bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen! Keine Lombardwaren! Leidhaus! Marienburger Straße 7.

Bettwäsche billig zur Ostern- und Konfirmationsangebot. Deckenbezüge 47.—, Kissen 14.—, Laken 25.—, Inlets 110.—, Wäschestoffe, Handtücher, Tischdecken, Gardinen, Wäschefabrik, Grüntaler Straße 39 (Hofgebäude), Fahrvergütung.

Sportpaletots, Anzüge, Hosen, direkt aus Werkstatt, modern, billig. Perlinskaya, Schneidermeister, Rosenthaler Straße 37.

Erwerbsfähige Frauen! Verlangt den Katalog von Luise Zietz, „Willst du arm und unfrei bleiben?" (30 Pfg.), gegen Einsendung von 40 Pfg. von der Buchhandlung „Freiheit", Berlin, Breite Straße 8-9.

Möbel

Möbel, gebraucht und neu, Stube und Küche, gut erhalten, 1800.—. Rehfeld, Boddinstraße 34, Hausnummer achten.

Reizende Schlafzimmer, Anklidescheinrank, Trumeau, Sofa, Umbau, Bettstellen, Aufsatzküche, Schrank u. Vertikow, Nußgiebrisch, Nußbett, Buffett, Schreibtisch verkauft Leitz, Köpenicker Straße 154, IV.

Chaiselongues 150.— bis 600.—, Mooralbetten 250.—, bis 2000.—, weiße Schlafzimmer Weiche, Augustst. 32a, Lugd.

Kaum glaublich! Kleiderschrank mit wirkungsvoller Verglasung, Vertikow, Bettstellen, Patentmatratzen, Tisch, Stühle, alles 1900 M. Tischlermeister Schumann, Fionskirchstraße, Ecke Templiner Straße.

Herrenzimmer, Bibliothek, Diplomat, Rundtisch, Polstersessel, zwei Polsterstühle nur 2400.—, Schlafzimmer Eiche, Anklidescheinrank 1,30 Meter breit, spiegel echt Marmor 3750.—, Anklidescheinrank, Schreibtisch 275.—, Nachtbetten 200.—, Hofmanns Möbelspeicher Lothringer Straße 24, 25, 26.

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 350 M. ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Hiemert, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Parteigenossen! Möbel liefert billig und gut Möbelkaufhaus Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 143. '44 Gutmachungsfähig organisiert.

Chaiselongues 200.— bis 575.—, Umbauplüschsofas, Kissenmatratzen, Patentmatratzen 120.—. Walter, Stargarder Straße schräg.

Fahrräder

Motorräder, Ausgabehäfte, Motore kauft Hartmann, Fahrzeugfabrik, Schwedter Str. 256.

Fahrräder! Riesenauswahl guterhaltener Herrenfahrräder, Damenfahrräder. Sportfabrik Schlawe, Weimarerstraße vier.

Fahrradgummi! Riesenlager sämtlicher Gummisorten, hochwertiger Preisabbau. Schlawe, Weimarerstraße vier.

Karbid 4.50. Jedes Quantum. Wiederverkäufer Rabatt. Schlawe, Weimarerstraße vier.

Kaufgesuche

Kokoski, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen: Platin, Gold, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebisse, Brennhäfte. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik Brunnenstraße 168.

Silberschmelze Charlottenburg, Köpenicker Str. 20a (gegenüber Mannesmann) kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Gummiabfälle, Gummiabfälle, sämtliche Metalle.

Schellack, Harze usw. sucht Hugo Stephan, Neue Königstraße 87.

Werkzeuge und Maschinen

Schmirgel - Leinewand kauft Müller, Neue Königstr. 38 Alexanderplatz Alexander 53-6

Spiralbohrer, Schmirgelleinen kauft Berger, Prenzlauer Straße 56 (Alexanderplatz.)

Spulendrähte, Gummiplatten kauft Stark, Brückenstraße 14, Telephon Mpl. 117

Kugellager, Bockkerzen, Unterbrecher dringend zu kaufen gesucht Fahrradgeschäft, Schönhauser Allee 163 (Humb. 4611).

Kugellager, Schmirgelleinen, kauft Zimmer, Hufelandstr. 44, vorn 4 Treppen.

Spiralbohrer, Schmirgelleinwand, Reibahlen, Gewindebohrer, Holzbohrer, Hammer, Handbohrmaschinen, Stechbeitel alle Arten Zangen, Feile, Schlüsse, Maschinenschrauben kauft gegen sofortige Kasse Werkzeughandlung Richardstraße 10. Königstadt 8607.

Verschiedenes

Vorn, Reichenberger Str. 7, repariert Damenwäsche

Möblierte Zimmer. Wohnungen permiert, Kauf, sofortiger Tausch. Putlitzstr. 6 II, Moabit 4602, Nachweisbüro.

Ansiedelungen

Wandlitz-Bardorf. Quadratrute 15 und 30, Anzahlung 100 Mark. Außerdem 60 Morgen Acker, Wiese, Fluch, am Bahnhof, Hälften, Steglitz, Bismarckstr. 12, Fernsprecher 3984

Arbeitsmarkt

Botenfrauen sofort gesucht Zeitungs-Zentrale (J. A.) Abt. Ges., Jerusalemer Straße 56, Bärwaldstraße 42, Prinzenstraße 31, Ackerstraße 174, Schöneberg, Belziger Straße 27, Charlottenbg., Kaiserdamm 101, Charlottenburg, Sesenheimer Straße 1.

Seifenhändler!! Kern- und Toilettenseifen, Marken Wagner, Friedrichshöhe, Lauchhammer, Pfeifringlöff, Seifenpulver frei Packungen. Besuchen Sie mein Lager (8—11 Sonntag 9—1). Hambe, Brunnenstr. 182 (Gesundbrunnen)